

POLITISCHES B e r n
durch Kurier
P.B. Nr. 25

Köln, den 16. Nov. 1959

Oesterreichs Haltung zu EWG und EFTA

Quelle: Gespräch von Dr. Frey mit Dr. Josef Schöner, Oesterreichischer Botschafter in Bonn, ehemaliger Generalsekretär des Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten.

Frage: In letzter Zeit mehren sich die Informationen, dass in Oesterreich eine zunehmende Strömung für die EWG festzustellen sei und die Regierung sich in diesem Punkt in einem gewissen Widerspruch zu einem Teil der öffentlichen Meinung, insbesondere zum Industriellenverband befinde. Wie verhält es sich damit?

Antwort: Die österreichische Regierung - und zwar in gleicher Weise die Volkspartei wie die Sozialisten - ist sich darüber im Klaren, dass ein "Anschluss" an die EWG, sei es im Wege eines Beitritts oder einer bilateralen Assoziation, für Oesterreich nicht in Frage kommt. In erster Linie sind hierfür neutralitätspolitische Ueberlegungen massgebend. Bei den Moskauer Verhandlungen im April 1955 (an denen Schöner teilgenommen hat) haben Molotow und Mikoyan verlangt, dass Oesterreich ein Neutralitätsstatut im Sinne der Schweiz erhalte. Ursprünglich von der österreichischen Delegation angestellte Bedenken, dass eine solche Koppelung mit der aussenpolitischen Maxime eines anderen Staates ungewöhnlich sei, weil man ja nicht wissen könne, welchen Entwicklungen diese Maxime in der Zukunft unterworfen sein werde, wurden von den sowjetischen Gesprächspartnern nicht geteilt. Sie drangen sogar darauf, dass der Hinweis auf die Schweiz ausdrücklich im Vertrag festgehalten werde. Dies war ohne Zweifel ein Vertrauensbeweis für die Integrität und Konstanz der Eidgenossenschaft.- Der Vortrag von Bundesrat Petitpierre im April 1959 in Wien hat eine nachhaltige Wirkung ausgeübt, weil er in einem Moment gehalten wurde, als die inner-österreichische Diskussion über die völkerrechtliche Möglichkeit und die wirtschaftliche Zweckmässigkeit einer Annäherung an die EWG zu einer gewissen

Unsicherheit, selbst in Regierungskreisen, geführt hatte. Seither ist die Haltung, insbesondere am Ballhausplatz, eindeutig. Denn trotz der starken wirtschaftlichen Verflechtung Oesterreichs mit der EWG, vor allem mit Deutschland, sprechen gerade auch wirtschaftliche Erwägungen gegen einen Beitritt oder eine Assoziierung, und zwar insbesondere wegen des Handels mit dem Ostblock. Oesterreichs Industrie und Handel war von jeher stark nach dem Osten orientiert. Die Abschliessung von diesen traditionellen Märkten ist etwas Unnatürliches. Mit der zunehmenden politischen Entspannung und der wachsenden Kaufkraft in den Ostblockstaaten werden sich Oesterreichs Chancen verbessern. Es wäre kurzsichtig, sich durch einen Beitritt zur EWG diese Möglichkeiten zu verbauen. Es stimmt, dass die ÖVP-Parteileitung sich hier in einem gewissen Gegensatz zum Industriellenverband befindet, der den eventuellen Rückgang des österreichischen Marktanteils in der EWG sehr ernst nimmt. Die Volkspartei lässt sich dadurch aber nicht beirren. Aufgefallen ist die Haltung des Leiters des Oesterreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Dr. Franz Nemschak, eines angesehenen Nationalökonomen, der in letzter Zeit eine überraschende Kehrtwendung in Richtung EWG gemacht hat. Man muss vermuten, dass er von interessierten Wirtschaftskreisen, wahrscheinlich deutscher Herkunft, "gekauft" worden ist. Die starke Infiltrierung durch deutsche Industriegruppen gibt zu Bedenken Anlass. Sie berufen sich auf die Wünschbarkeit europäischer Freizügigkeit, wobei manche unter ihnen "Europa" offenbar in einem Sinn verstehen, wie er zur Zeit des Hitler-Regimes galt. Jedenfalls ist es überraschend, in diesen Kreisen oft dieselben Leute von damals wiederzufinden.

Kopien gehen an:

die Schweiz.	Botschaft,	London
"	"	"
"	"	Moskau
"	"	Paris
"	"	Rom
"	"	Washington

den Schweiz. Beobachter bei der UNO, New York.